

600 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht

des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (579 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird

Durch den gegenständlichen Gesetzentwurf sollen das „Amtliche Kilometergeld“ und die Tages- und Nächtigungsgebühren erhöht werden.

Konkret sieht der Entwurf vor:

Neubemessung der Entschädigungssätze entsprechend der Veränderung des Subindex „Privater Kraftfahrzeugverkehr“;

Erhöhung der Inlandsreisegebühren auf Grund von Preisvergleichen der Sommerhotelbücher von 1982 und 1984 im Ausmaß von 10,0 vH (Tagesgebühren) und von 10,7 vH (Nächtigungsgebühren);

Einbeziehung der Kinder, die sich aus Gründen der Erziehung, einer Ausbildung, einer Krankheit oder eines Gebrechens an einem früherem ausländischen Dienstort des Beamten, an einem Ort im Ausland, der dem Dienstort des Beamten näher gelegen ist als der letzte gemeinsame Wohnort im Inland, oder im Heimatland eines der Elternteile aufhalten. In diesem Zusammenhang sind eine

Abstimmung der Besuchsreisen auf die im Entwurf einer neuen Heimaturlaubsverordnung vorgesehene Urlaubsregelung sowie die Klarstellung enthalten, daß eine solche Besuchsreise je Kalenderjahr für nicht mehr als ein Kind des Bediensteten vorgesehen ist.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 9. April 1985 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Koppensteiner sowie der Bundesminister für Finanzen Dkfm. Dr. Vranitzky das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (579 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1985 04 09

Pfeifer
Berichterstatter

Mühlbacher
Obmann